Weder im Zehntsteinweg, in der Badenweilerstraße noch sonst wo:

Die Stadtbau darf die Mieten nicht erhöhen! PROTESTVERSAMMLUNG bei der Aufsichtsratssitzung:

Freitag, 24.11., 15.30 Uhr

Alles wird teurer. Besonders schlimm ist es beim Wohnen. Freiburg gehört da bekanntermaßen zu den teuersten Städten Deutschlands, was schlicht und einfach bedeutet: Viele Menschen haben große Sorgen und wissen nicht, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. Und in diesen Zeiten, in denen die Preise gefühlt überall steigen, erhöht die Freiburger Stadtbau für Hunderte Haushalte ihre Mieten. Das ist ein Skandal, den wir nicht hinnehmen wollen!

Im Zehnsteinweg sind zum 01. November 2023 die Mieten um bis zu 15% erhöht worden - um mehr als einen Euro pro Quadratmeter! Die Freiburger Stadtbau nutzt damit den rechtlich möglichen Rahmen so stark aus, wie sie nur kann. Ähnlich ist es auch in der Badenweilerstraße. Auch hier will die FSB die Mieten massiv erhöhen. Und das, obwohl die Freiburger Stadtbau Jahr um Jahr Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe macht, unter anderem auch aus dem Mietgeschäft!

Es kann nicht sein, dass die Freiburger Stadtbau die Mieten erhöht. Wo kommen wir da hin, wenn selbst das städtische Wohnungsbauunternehmen den gesetzlichen Rahmen ausschöpft und seine Mieten so krass anhebt. Hier muss ein Umdenken her! **Denn die Mieten müssen sinken, nicht steigen.** Das Vorgehen ist angesichts der Lage auf dem Freiburger Mietmarkt ein Skandal! Es kann doch nicht normal sein, dass wir den Großteil unseres Geldes für ein Dach über dem Kopf ausgeben müssen. Es braucht ein Umdenken. Die Stadt muss ihren Gestaltungsspielraum zu Gunsten ihrer Mieterinnen und Mieter ausschöpfen. Wenn selbst die Stadtbau ihre Mieten immer weiter erhöht, dann wird der Mietspiegel vollständig zum Mieterhöhungsspiegel.

Wir müssen uns wehren. Denn die Mieterhöhungen sind nicht akzeptabel. Wir fordern daher Oberbürgermeister Martin Horn, den Freiburger Gemeinderat und den Aufsichtsrat der FSB auf, auf diese und weitere Mieterhöhungen in den nächsten Jahren zu verzichten! Dringend nötiger Wohnungsneubau darf nicht von den Mieterinnen und Mietern finanziert werden. Und angesichts der Gewinne der Stadtbau braucht es keine Mieterhöhungen. Deswegen protestieren wir vor der Aufsichtsratssitzung der Freiburger Stadtbau. Wir wollen den Verantwortlichen gemeinsam zeigen: wir nehmen ihre Mieterhöhungen nicht hin. Es braucht eine andere Politik bei der Freiburger Stadtbau, die sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richtet. Kommunaler Wohnungsbau ist eine gesamtstädtische Aufgabe, der nicht aus Mieteinahmen finanziert werden darf.

Wir müssen uns gemeinsam wehren!

Am Freitag, den 24. November, tagt der Aufsichtsrat der Freiburger Stadtbau. Dort stehen unter anderem die Mieterhöhungen in der Badenweilerstraße auf der Tagesordnung. Wir wollen zeigen, dass es eine andere Politik braucht!

Kommt am Freitag um 15.30 Uhr zu unserer Protestkundgebung auf den Rathausplatz.

